

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Braunschweig und Umgebung,  
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Braunschweig,

Braunschweig, das ist die Löwenstadt, die Eintrachtstadt, die Stadt der Wissenschaft. Noch. Heute aber, am 12. November 2013, entscheidet sich, ob in Zukunft das herausragendste Attribut Braunschweigs „Stadt mit Lebensqualität“ oder „Atommülldeckscheibe Deutschlands“ sein wird.

Verantwortungslosigkeit, strategische Halbwahrheiten und unverfrorene Lügen haben die Situation im Stadtteil Thune so weit eskalieren lassen, dass Braunschweig kurz davor steht, **von der Stadt der Wissenschaft zur Stadt des Atommülls degradiert zu werden, und zwar von ihren eigenen Vertreterinnen und Vertretern.**

**Das ist ein Skandal. Aber heute hat der Rat der Stadt die Möglichkeit, für Abhilfe zu sorgen. Es ist Zeit zum Handeln! Die Bürgerinnen und Bürger Braunschweigs und in ihrer Vertretung die Mitglieder des Rates müssen ihre Stimmen erheben für gesundes Leben in dieser Stadt.**

Bereits der **Status Quo** ist skandalös:

- In unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern und Schulen werden radioaktive Stoffe verarbeitet. **Das ist skandalös.**
- Täglich fahren Kleintransporter mit stark strahlender Fracht durch unsere Straßen, für die derselbe Grenzwert gilt wie für die Castoren nach Gorleben. **Das ist skandalös.**
- Die Abluftgenehmigungen der Nuklearfirmen überschreiten für bestimmte Nuklide die Höchstwerte der Strahlenschutzverordnung um mehrere Hundert Prozent. **Das ist skandalös.**
- Die Grenzwerte am Zaun der Firmen können nur durch das willkürliche Herunterrechnen auf 3 Monate im Jahr scheinbar eingehalten werden. **Das ist skandalös.**
- Um zu beweisen, dass sich niemand länger als diese 3 Monate am Zaun des Geländes aufhält, überwachen die Firmen mit Videokameras illegal den öffentlichen Raum um das Gelände. **Das ist skandalös.**
- Das Gelände ist praktisch überhaupt nicht gesichert, lediglich durch einen Zaun und augenscheinlich unbewaffneten Werksschutz. Gleiches gilt für die Transporte: Von Abschirmung oder Begleitfahrzeugen keine Spur. **Das ist skandalös.**
- Die Gefährdung durch den nahen Flughafen wird nicht berücksichtigt und zum Restrisiko erklärt. Die Gebäude auf dem Gelände sind aber einfache Industriehallen und nicht für Flugzeugabstürze ausgelegt. **Das ist skandalös.**
- Weder Herr Eckert, der die Braunschweiger als „moderne Taliban“ bezeichnete, noch Herr Buchler, dessen Firma Asse-Fässer falsch deklarierte, können offensichtlich als verantwortungsbewusst genug für die Leitung eines Nuklearbetriebes angesehen werden. Dennoch überlässt man ihnen die Planung für das Industriegebiet praktisch im Alleingang. **Das ist skandalös.**

- Nach einer Luftbildauswertung stehen in Thune alleine im Freilager Container mit einem Fassungsvermögen von ca. 3300 m<sup>3</sup>. Hinzu kommt der in der Halle gelagerte Atommüll. Mindestens einige dieser Container sind laut Aussage des Gewerbeaufsichtsamtes mit kontaminiertem Material gefüllt. Das bedeutet: Sofern kein Container leer, sondern alle mit Atommüll gefüllt sind, wird in Braunschweig bereits heute mehr Atommüll gelagert, als im Zwischenlager Leese überhaupt genehmigt ist! **Das ist skandalös!**

Die Zukunft stellt sich sogar noch erschreckender dar:

- Niemand kann mehr leugnen, dass große Mengen Atommüll nach Braunschweig kommen sollen. Die europaweite Werbung Eckert & Zieglers, auch auf kerntechnischen Tagungen, belegt das eindeutig.
- Mit dem Müllvolumen steigt die Gefährdung der Bevölkerung, sowohl durch den Normalbetrieb als auch durch das Risiko eines potentiellen Störfalls.
- Die bestehenden Genehmigungen erlauben eine Erweiterung in unvorstellbarer Größenordnung. Man könnte hier das 300-fache des kompletten Asse-Inventars bearbeiten!
- Auf dem Thuner Firmengelände existiert faktisch ein Zwischenlager: Ca. 100 Container stehen auf dem Gelände im Freien, und zwar ständig. Ob das jedes Mal anderer Müll ist und deswegen nicht von einer Lagerung gesprochen werden muss, ist für die Umgebung irrelevant: Faktisch besteht in Thune ein Zwischenlager.

Und dieser Status wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern: Eckert & Ziegler will Atommüll zur Einlagerung in Schacht Konrad konditionieren, daraus macht die Firma keinen Hehl. Weil aber Schacht Konrad frühestens in einigen Jahren eröffnet wird, ist zu erwarten, dass zukünftig – notfalls mit zusätzlicher Genehmigung – Müll in Braunschweig lagert, bis er in Schacht Konrad oder ein anderes „Endlager“ verbracht werden kann.

**Ein Zwischenlager neben Wohnhäusern und Schulen, ist das der Weg, den Braunschweig gehen will? Verkaufen wir unsere Gesundheit und Sicherheit an den Teil der Wirtschaft, der offensichtlich keine Skrupel kennt, oder arbeiten wir gemeinsam für eine Energiewende, die Mensch und Umwelt effektiv schützt?**

Wie wir inzwischen wissen, lagerten in Braunschweig jahrelang ohne Kenntnis der Politik und – mit Ausnahme der Feuerwehr – ohne Kenntnis der Verwaltung 48 Plutonium-Beryllium-Quellen. Erst 2012 wurde die letzte dieser Quellen in die USA verbracht. In Gommern hinter Magdeburg lagern weitere 21 solcher Quellen, die laut Medienberichten ebenfalls in die USA verbracht werden sollen. Die Firma Eckert & Ziegler soll Interesse an diesem lukrativen Auftrag bekundet haben. Da die Firma unseres Wissens ausschließlich in Braunschweig über die Genehmigung zur Lagerung solcher Stoffe verfügt, befürchten wir, dass diese Quellen ebenfalls jahrelang neben Wohnhäusern und Schulen gelagert werden könnten, bis sie eines Tages in die USA gebracht werden.

**Vor diesem Hintergrund scheint es besonders erschreckend, dass die Verwaltung – insbesondere aber die weisungsbefugte Verwaltungsspitze – ganz offen gegen die Bevölkerung agiert.** So fordern unter anderem die Mitglieder des betroffenen Bezirkrates Wenden/Thune/Harxbüttel als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, seit einem Jahr die Offenlegung der Nutzungen auf dem Thuner Gelände. Immer wieder lautet die Antwort, das Kataster läge noch nicht vor. Jetzt wurde bekannt: Die Wahrheit ist - der Verwaltung ist seit einem Jahr bekannt, was wo lagert und was wie genutzt wird, und das ist zum Teil schlichtweg illegal! Für die ca. 100 Container unter freiem Himmel gibt es keine Baugenehmigung. Die dürften dort nicht stehen. Aber die Verwaltung lässt Eckert & Ziegler gewähren. **Das ist ein Skandal!**

**Die Verwaltung** hat es weiterhin versäumt, im Gerichtsverfahren, bei dem es um die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für die neue Halle ging, die augenfällige Illegalität des faktischen Zwischenlagers Thune zu benennen. Das ist deshalb besonders relevant, weil es natürlich kein Anrecht eines Betriebes darauf geben kann, eine illegale Nutzung im Zuge einer angeblichen „Modernisierung“ in eine neue Halle zu verlagern. Für illegale Machenschaften gibt es keinen Bestandsschutz, und auch kein Anrecht auf Modernisierung und Erweiterung!

Wenn **die Verwaltung** dem Rat, also der Regierung der Stadt, und dem Gericht diese Information vorenthält, drängt sich der Eindruck auf, dass die Verwaltung den Prozess mit Vorsatz verlieren wollte. Das passt auch dazu, dass die Verwaltung sich im Prozess fast ausschließlich auf Belastungen der Bevölkerung durch steigenden LKW-Verkehr berufen hat - ganz so, als ob es sich bei dem Atommüllbetrieb um eine Wäscherei oder einen Getränkehandel handeln würde. Radioaktive Belastungen und Gefahren wurden von der Stadt vor Gericht vollständig ausgeklammert, obwohl der Richter mehrfach fragte, ob es denn wirklich keine weiteren Argumente der Stadt gäbe. **Das ist ein Skandal!**

Wenn die Verwaltung seit langem der Politik und dem Gericht gegenüber wichtige Informationen gezielt verschwiegen hat, drängt sich der Eindruck auf, dass die Verwaltung aktiv bestrebt ist, hinter dem Rücken und auf dem Rücken von Bürgerinnen und Bürgern, hinter dem Rücken der Politik und gegen den erklärten Willen des Rates die Genehmigung der neuen Atommüllhalle nach Kräften zu **fördern**. Dies bedarf unbedingt einer unabhängigen Untersuchung und - sofern sich der Verdacht bestätigt - harter Konsequenzen. Wenn sich die Dinge so verhalten, wie sie sich momentan darstellen, wäre dies ein Skandal im Skandal. **Es geht um nicht mehr oder weniger als die Frage, ob Braunschweig demokratisch regiert wird oder ob die Mitglieder des Rates, also die Regierenden der Stadt, von der Verwaltung wie Marionetten gesteuert werden.**

Die Verwaltung sitzt derweil das Problem aus, der Oberbürgermeister weigert sich, Anträge der Bürgerinitiativen zu lesen, und ob die Begründung der Verwaltung für das Berufungsverfahren sinnvoller ausfällt als die Verteidigung im offenbar absichtlich verlorenen Prozess, das steht noch in den Sternen.

Es wird Zeit zu erkennen, dass **der Rat der Stadt Braunschweig** hier zur Marionette degradiert worden ist. Der Rat weist die Verwaltung an, nicht umgekehrt! Das ist sein gutes, verfassungsgemäßes Recht. Es wird Zeit, dass der Rat der Stadt über Parteigrenzen hinweg erkennt, was hier mit Braunschweig geschehen soll, und dass der Rat sich im Sinne der großen Mehrheit seiner Wählerinnen und Wähler positioniert.

**Was wir jetzt brauchen**, ist die Festlegung einer gemeinsamen Vision für den Wohnstandort Wenden/Thune und die Vorrangstellung des Wohnens vor der Industrie.

**Was wir jetzt brauchen**, ist die Verlängerung der Veränderungssperre um ein Jahr, sonst muss der inakzeptable aktuelle Bebauungsplan freigegeben werden, der die Erweiterung der Atomfirmen erlaubt.

**Was wir jetzt brauchen**, ist ein Verbot jeglicher Ausnahme von der gültigen Veränderungssperre, damit neu genehmigte Gebäude und Nutzungen nicht dem Bestandsschutz unterliegen und hinterher teuer zurückgebaut werden müssen oder zu hohen Schadensersatzforderungen führen.

**Was wir jetzt dringend brauchen**, ist eine Erweiterung des Aufstellungsbeschlusses. Der Rat muss konkrete Ziele für einen neuen Bebauungsplan vorgeben, der Einschränkungen für die Atomfirmen vorsieht. Der Rat der Stadt muss endlich selbstbewusst die Rechte seiner Bürger wahren und sein eigenes Recht auf die Entwicklung einer Vision für Braunschweig wahrnehmen. Die Idee der langfristigen Trennung von Industrie und Wohnen, von Nuklearnutzung und Alltagsleben ist dringend notwendig, berechtigt und realistisch. Der Rat muss sie lediglich in seinen Beschlüssen zur Sprache bringen.

**Und das muss unbedingt jetzt passieren!** Das Urteil des Verwaltungsgerichts hat ausdrücklich die Veränderungssperre für gültig erklärt. Was es kritisiert hat, war die Verweigerung der Ausnahme. Und diese Ausnahme ist die Halle. Deshalb reicht es nicht, nur die Veränderungssperre zu verlängern – das muss natürlich auch geschehen! Aber das allein ist nicht genug. Wir brauchen **jetzt, hier und heute** den erweiterten Aufstellungsbeschluss. Dann können wir auf eine auch zukünftig lebensfreundliche Stadt hinwirken.

Der Rat der Stadt muss **jetzt** eine grundlegende Entscheidung treffen: Was ist wichtiger, Wohnen oder Industrie? Die Firmen brauchen lediglich Planungssicherheit, aber die Bürgerinnen und Bürger wollen in Sicherheit **leben**. Neben Atommüll lässt es sich nicht glücklich wohnen, schon gar nicht mit Kindern! **Aber wir hoffen und vertrauen auf den Rat. Sie haben heute die Chance, die Zukunft der vielen Familien hier langfristig zu sichern – tun Sie es! Die Zeit des Beratungsbedarfs ist vorbei. Jetzt brauchen wir Mut.**

Das Urteil des Verwaltungsgerichts war berechtigt. Mit der Begründung, die die Stadtverwaltung geliefert hat, war kein anderer Schluss möglich: Bringt man die Radioaktivität nicht ins Spiel, ist die Halle legal. Aber die radioaktive Gefährdung ist real, und **mittlerweile weisen zwei Rechtsgutachten den Weg zum Recht und zur Pflicht der Stadt, diese auch zu berücksichtigen. Nehmen Sie diese Chance wahr.**

Das Verbot jeglicher Ausnahme von der bestehenden Veränderungssperre beweist, dass Braunschweig für seine Bürgerinnen und Bürger sorgt.

Die Vision von Wenden/Thune als Ort gesunden Wohnens liefert die Grundlage für einen neuen, bürgerfreundlichen Bebauungsplan.

Der erweiterte Aufstellungsbeschluss legt den Grundstein dafür, dass die Stadt ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände nimmt und einen neuen, bürgerfreundlichen Bebauungsplan erstellt.

Die Verlängerung der Veränderungssperre sichert die Erstellung des neuen, bürgerfreundlichen Bebauungsplans.

Gehen wir in die Ratssitzung, die um 15 Uhr beginnt, und wohnen wir den heutigen Entscheidungen bei. Es geht ums Ganze, um die Zukunft Braunschweigs und – aufgrund der jetzigen und zu erwartenden Atomtransporte – auch um das Schicksal der ganzen Region.

Wir fordern eine Entscheidung im Sinne der Bürger dieser Stadt. Wir stärken unserem Rat den Rücken, um sich gegen die Verwaltungsspitze und für die Bevölkerung durchzusetzen.

Dies ist **unsere** Stadt – **wir sind das Volk**.

Wir haben unsere Vertretung im Rat gewählt, um Schaden von uns abzuwenden. Und **wir fordern den Rat und die Fraktionen auf, diese Aufgabe endlich ernst zu nehmen!**